

Munition und
Rüstungsgegen-
stände nach

Land 1931.

tsche ihre Aus-
ten aus. Wap-
rung hat. Von
gelfcher Son-
der Konf. Rat
ischen Gefell-
en, die in den
en. Wefichtigt
(Gallia, Ju-
ne Fahrt nach
nach Oftern,
durchschnittlich
wollen Gele-
der ebenso die
Leuten, Sitten
heiligen Lan-
Charakter der
unungsmäßige
durch den eh-
Ben. Dir. a. D.
e, sowie durch
31. Dort find
von früheren

richten.

ffor Dr. Hell-
kirchliche Ar-
a „Menschen-
nerstag, den
ltstädter Ge-
und Volks-
den Wirkung
1930 auf der
inde ist stärk-
erwarten, in
Problem der

Beltpolitik:
in Bethel.

inschaff

Uhr im

for

Saalplatz,
Obernstr. 1

rg

e

en)

ag)

Director.

aren

, starker

ung fer-

an und

len die

Bethel

werden gebe-

für Freitag,

men. Gro-

nachmittags

Pünktlich

ndmeister.

ur, 3 1/2 Uhr

. Brandt.

Mittwoch,

abend fällt

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
1.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Aus-
land unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile über deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 30.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 5. Februar 1931.

13. Jahrgang.

Drum sei nicht stolz, o Menschenkind,
Du bist dem Tod wie Spreu und Wind,
Und magst du Kronen tragen.
Der Sand verrinnt, die Stunde schlägt,
Und eh' ein Hauch des Blatts bewegt,
Kann auch die deine schlagen.

Em. Geibel.

Umschau.

— Nach der französischen Regierungskrise. — Der Genfer
Konventions-Entwurf. — Treibstoffmonopol unter Füh-
rung Deterdings. — Indiens Freiheitskampf geht weiter.
— Italiens Wüstenvorstoß.

Die französische Regierungskrise ist wieder einmal
vorüber. Dem gestürzten Steeg ist eine Regierung La-
val gefolgt, die jedoch nichts anderes als eine Neuaufgabe
des alten Tardieu-Kabinetts ist. Für die außenpolitischen
Beziehungen Deutschlands aber haben all diese Pa-
riser Kabinettskrisen keinerlei Bedeutung. Denn welche
Männer in Frankreich auch immer am Ruder sein mö-
gen — ein Ziel ist ihnen allen gemeinsam: die brutale
Wiederherstellung des deutschen Volkes und der rücksichts-
lose Ausbau der eigenen Machtstellung!

Diesem Ziel dient auch der Entwurf der Genfer „Ab-
rüstungskommission“, der im Vorhinein die Arbeiten der
großen Abrüstungskonferenz gegen die deutschen Forde-
rungen abgrenzen soll und — wie wir das bereits in der
vorigen „Umschau“ berichteten — ganz selbstverständlich
von Dr. Curtius in Genf abgelehnt worden ist. Wir be-
richteten auch, daß uns deswegen Herr Briand schon jetzt
für den — übrigens als sicher — zu erwartenden Fehlschlag
der „Abrüstungskonferenz“ verantwortlich zu ma-
chen versuchte. Inzwischen hat Briand in Lord Cecil, dem
englischen Vertreter in der Abrüstungskommission, einen
getreuen Helfershelfer gefunden, der ebenfalls — und
zwar gelegentlich der Abrüstungsdebatte im englischen
Oberhaus — bedingungslos für den vorerwähnten Kon-
ventionsentwurf der vorbereitenden „Abrüstungs“kom-
mission eintritt und dann ostentativ erklärte, „daß keine
Regierung es wagen werde, die Verantwortung für ein
Scheitern der Abrüstungskonferenz auf sich zu laden!“
Hiermit ist selbstverständlich Deutschland gemeint. Lord
Cecil sagt also in London genau daselbe, was Briand in
Genf gesagt hat. Die finanz- und machtpolitische Hörig-
keit, in der sich England den Franzosen gegenüber befin-
det, tritt immer deutlicher in Erscheinung. Aber das darf
uns nicht beirren, den Weg des Rechtes und des Frie-
dens weiter zu gehen. Und es ist erfreulich, daß neben
Italien nun auch Ungarn den Konventionsentwurf der
vorbereitenden „Abrüstungskommission“ aufs schärfste
ablehnt. Nicht nur der alte tapfere Graf Apponyi erhob
leidenschaftlichen Einspruch gegen den Konventionsent-
wurf, indem er den Austritt aus dem Völkerbund zu er-
wägen hat, sondern auch der ungarische Minister des
Außenwesens, Graf Karolyi, erklärte, bei allem Friedens-
willen keinen Vertrag hinnehmen zu können, „der in der
Frage der Abrüstung auch weiterhin den heutigen Zu-
stand und den Unterschied zwischen Siegern und Besieg-
ten aufrechterhalte.“

Was es aber mit diesem Genfer „Entwurf einer Ab-
rüstungskonvention“ auf sich hat, geht schon allein daraus
hervor, daß er sich in allen wesentlichen Punkten fast haar-
scharf mit dem berechtigten französischen „Abrüstungs“-
vorschlag des Jahres 1927 deckt, der damals viel politi-
schen Staub aufwirbelte, weil er von England restlos ge-
billigt wurde, obwohl er eine glatte Sabotage jeder ehr-
lichen Abrüstungsarbeit bedeutete. Hinzu kommt, daß
der Genfer Konventionsentwurf an früheren Verträgen
(Versailles, französische Militärbündnisse usw.) nicht rüh-
ren lassen will. Auch bleibt die „allgemeine Wehrpflicht“
nach dem Genfer Entwurf allen Siegerstaaten weiterhin
erlaubt. Dem deutschen Volk aber bleibt sie untersagt.
Während die Franzosen, die Polen, die Engländer usw.
zwecks Bildung möglichst großer Reservearmeen so viel
Truppen entlassen dürfen, wie sie wollen, bleibt diese
Möglichkeit auf ganze 5 Prozent unserer an sich unver-
hältnismäßig kleinen Wehrmacht beschränkt. Militärische
Ausbildungen außerhalb des stehenden Heeres und Re-
serveübungen, die überall in der Welt weiterhin erlaubt
bleiben sollen, werden nach wie vor in Deutschland nicht
geduldet. Sogar die Schaffung eines Generalstabes ist
uns nicht gestattet. An eine Erhöhung der Ist-Stärke un-
serer Wehrmacht (115 000 Mann einschließlich Marine)
denkt man nicht, obwohl Frankreich nicht daran denkt,
sein fast siebenmal so starkes stehendes Heer auch nur um
ein Regiment oder eine Schwadron zu verringern. Da-

bei hat Deutschland 64 Millionen Einwohner, während
Frankreich nur 40 Millionen Einwohner zählt. Auch die
ganze zivile Aufrüstung Frankreichs, die ja bekanntlich
aus jeder Behörde gewissermaßen ein „Bezirkskom-
mando“ gemacht hat, bleibt von der Genfer Konvention
völlig unberührt. Deutschland aber soll auch in dieser Be-
ziehung weiterhin geknebelt bleiben. Auch dürfen die
Siegerstaaten soviel Munition und Waffen aller Art her-
stellen, einführen und lagern, wie es ihnen beliebt. Wehe
aber den Deutschen, wenn sie nur ein schweres Geschütz,
nur ein Militärflugzeug, nur einen Minenwerfer oder
einen Tank in ihrem Heere führen! Wehe ihnen, wenn
sie Waffen und Munition ein- oder ausführen oder gar
Munition und Kriegsgerät in anderen als solchen Fabri-
ken herstellen, die von den Siegerstaaten nicht ausdrück-
lich erlaubt sind! Es sei noch erwähnt, daß die Sieger-
staaten jede Art Befestigungsanlagen ausführen dürfen,
während dem deutschen Volk nicht nur die primitivste
Befestigung seiner Grenzen untersagt bleibt, sondern ihm
nicht einmal gestattet sein soll, die kümmerlichen, uns zu-
gestandenen Befestigungswerke irgendwie dem Stande der
fortschreitenden Technik anzupassen. Außerordentlich
kennzeichnend ist der Genfer Konventionsentwurf auch
in punkto „chemische Waffen“. Die Verwendung dieser
Giftstoffe soll zwar verboten sein, aber ihrer Herstellung
und Aufbewahrung — abgesehen natürlich von Deutsch-
land — steht nicht das geringste im Wege. Und das schönste:
— bei Bedrohung der nationalen Sicherheit bleibt den
Franzosen, den Engländern, den Polen usw. das Recht
vorbehalten, die Bestimmungen der Konvention je nach
Belieben außer Kraft zu setzen, — also mit anderen Wor-
ten auch das vorsorglich hergestellte Giftgas sowie die
bakteriologischen Kampfmittel zu verwenden. Und das
nennt man dann „Entwurf einer Abrüstungskonvention“!
Das nennt man „Abrüstungsarbeit“, für die man uns
schon jetzt die Hände knebeln will! Und nicht nur Briand,
sondern auch Lord Cecil magt es, Deutschland schon heute
für das Scheitern der „Abrüstungskonferenz“ verant-
wortlich zu machen, weil wir nicht gewillt sind, zu einem
solchen Völkervertrag die Hand zu leihen.

Unser Kampf mit dem Westen, der deswegen noch
lange kein Bündnis mit dem Osten zu sein braucht, wird
ein schwerer sein. Aber je freier und unabhängiger wir
dastehen, um so erfolgreicher werden wir unsere Sache
durchsetzen können. Es ist deshalb gerade auch vor al-
len finanz- und wirtschaftspolitischen Bindungen in die-
ser Richtung zu warnen, die im entscheidenden Augen-
blick von unseren Gegnern auf das empfindlichste gegen
uns ausgewerbet werden können. Nachdem wir aus die-
sem Grunde erst vor kurzem die deutsch-französischen An-
leiheverhandlungen als höchst gefährlich für uns bezeich-
net haben, ist es jetzt eine deutsch-englische Finanzaktion,
die in nationalpolitischer Hinsicht unter keinen Umstän-
den zu billigen ist. Henry Deterding nämlich, der Chef
des großen englischen Erdöltrusts (Shell), der „fieg-
reichste General des Weltkrieges“ — wie ihn ein bekann-
ter englischer Staatsmann nach Beendigung des Welt-
krieges genannt hat —, verhandelt in Deutschland, um sich
gegen eine Anleihe von 600 Millionen Goldmark (ur-
sprüngliche Schätzung des Reichsbudgets!) das deutsche
Treibstoffmonopol zu sichern. Nachdem also — hauptsäch-
lich durch das russische Dumping — die Delpreise in
Deutschland teilweise schon unter das Weltmarktniveau
gesunken sind, nachdem ferner gerade in der letzten Zeit
der Absatz unseres künstlichen Benzins in größerem Um-
fange begonnen hat und auch die deutschen Erdölquellen,
so bescheiden sie an sich sein mögen, reichlicher zu fließen
beginnen, sucht der englische Oelmagnat die deutsche Fi-
nanzkatastrophe auszunutzen, um sich all diesen Dingen
zum Trost nicht nur restlos das deutsche Delgeschäft zu
sichern, sondern um uns zugleich eine weitere goldene
Kette um die Hände zu legen. Kette aber bleibt Kette.
Ob sie ebern, silbern oder golden ist — immer bleibt es
eine Kette, die eines freien Volkes unwürdig ist. Nach-
dem also der Schwede Ivar Kreuger der unumschränkte
Gebietsführer über den deutschen Zündholzmarkt geworden
ist, sucht Henry Deterding das deutsche Delgeschäft unter
seiner ausschließlichen Gewalt zu bekommen. Die offiziel-
len Dementis sind wohl nicht allzu wörtlich zu nehmen;
denn auch das Kreuger-Monopol ist ja bekanntlich bis
zum letzten Augenblick abgelehnt worden. Und nach-
her war es doch „perfekt“. Wir wissen nicht, wie es im
Augenblick um die Treibstoffmonopol-Verhandlungen De-
terdings steht, aber eins möchten wir doch wünschen: daß
nämlich unsere Regierung nicht um 600 Millionen Mark
willen — die bei Beibehaltung unseres derzeitigen „Sa-
nierungs“-systems ja doch wieder im Fach ohne Boden ver-
schwinden — nun auch noch das deutsche Delgeschäft an
Fremdmächte abtritt, die uns nach allen bitteren Erfah-
rungen, die wir machen mußten, alles andere als freund-

lich gegenüberstehen, ganz abgesehen von der weiteren
Belastung, der unsere Beziehungen zu Rußland ausge-
setzt wären, wenn wir uns in dem englisch-russischen Pe-
troleumkampfe so einseitig auf die Seite Englands stel-
len würden.

Nach all den Enttäuschungen, die uns England — ge-
rade auch unter Führung MacDonaldis — bereitet hat,
haben wir wirklich keine Ursache, uns als Büttel der
englischen Wirtschafts- und Machtinteressen mißbrauchen
zu lassen — zumal in einer Zeit, wo das englische Welt-
reich dank dem von England geschürten Weltkrieg in
allen Fugen zu zittern beginnt. Nach dem Fiasko der
großen „Weltreichskonferenz“ hat ja nunmehr auch die
Londoner Indienkonferenz nicht zu dem Ergebnis ge-
führt, das man von ihr erwartet hat. Auch die Freilas-
sung Gandhis und einiger anderer indischer Nationalisten-
führer hat bewiesen, daß die indische Wunde durch die
üblichen diplomatischen Salben nicht mehr zu heilen ist.
In London macht man große Worte von der „so glücklich
verlaufenen Round-Table-Konferenz“, aber Indien feiert
seinen Gandhi! Und Gandhi, der seit dem 5. Mai im Ker-
ker schmachtete, predigt nach wie vor den Boykott frem-
der (lies: englischer) Gewebe, den Kampf gegen den Al-
kohol und das Recht der freien Salzgewinnung. Neue
blutige Zusammenstöße zwischen indischer Freiheitsschöp-
fer und englischen Polizeitruppen bestätigen, daß den
Indern mit einer „Freiheit“ nicht gedient ist, die den
Engländern auch weiterhin die Militärmacht, die Polizei-
gewalt und die Rechtspflege zuspricht.

Aber auch die englischen Hoffnungen auf eine Milde-
rung des italienisch-französischen Gegensatzes haben sich
nicht erfüllt. Denn der italienische Vorstoß gegen die Se-
natus und die Befestigung der Dase Cusra bedeutet ja nichts
anderes als eine weitere Zuspitzung der französisch-ita-
lienischen Kolonialdifferenzen und zwar in einem Be-
zirk, dem wegen des Hochgebirges von Tibet und der
Wüstenstraße über Bardai nach dem Tsad-See eine er-
höhte militärische Bedeutung zukommt.

All diesen Gärungen gegenüber ist aber Deutschlands
außenpolitische Stellung längst nicht so hoffnungslos, wie
das weithin angenommen wird. Schon die letzte Genfer
Ratstagung hat deutlich gezeigt, daß das nationale Er-
wachen des deutschen Volkes nicht ohne heilsame Folgen
auf unsere außenpolitische Position geblieben ist. Diesen
heilsamen Einfluß so weit wie irgend möglich zu verstär-
ken, ist die Aufgabe aller sich deutsch fühlenden Parteien.
Das aber geschieht nicht dadurch, daß man aus kleinli-
chen, parteiegoistischen Motiven heraus das gewaltige
Umschwellen des nationalen Gedankens mit den plumpen
Schlagwörtern totzuschlagen versucht, sondern allein
dadurch, daß man den Ausbruch des neuen deutschen Frei-
heitswillens bejaht und um die Schaffung einer innen-
politischen Front bemüht ist, die unseren großen außen-
politischen Aufgaben in jeder Weise gewachsen ist. Nur
so wird der „Radikalismus“ auf seine gesunde Wur-
zel zurückgeführt.

Gedanken über die Arbeitslosigkeit.

Leitwort: Man muß das Volk über das Geld natür-
lich denken lehren; man muß ihm zeigen, welches die
Schliche des heutigen Systems sind, welches ganze Völker
der Gewalt und Sklaverei einzelner ausgeliefert.

Henry Ford.

Eine Wirtschaftskrise von äußerster Stärke hat die
Welt ergriffen und bedroht besonders Deutschland, das
außerdem noch unter dem Druck eines verlorenen
Krieges steht. Eine starke Zunahme der Selbstmorde,
Verbrechen, Diebstähle, Schlägereien, Streitigkeiten und
Zerrwürfnisse in den Familien, politisches Rowdytum, all-
gemeine Gereiztheit auf der einen und Hoffnungslosigkeit
auf der anderen Seite sind die Folgen, Niedergang,
wo man auch hinschaut. Alle möglichen Ursachen werden
von berufenen und unberufenen Seiten genannt, um, wie
es scheint, die wahren Ursachen der Krise zu verschleiern.
In einer Zeitung las ich in den letzten 3 Jahren folgende
Gründe:

Naturerscheinung (wie Ebbe und Flut),
Überproduktion,
Rationalisierung,
Kalter Winter (1928/29),
Überbevölkerung,
Verlorener Krieg,
Younglaster,
Verlust der Kolonien,
Zu wenig Soldaten usw.

Keine einzige dieser Behauptungen hält scharfem
Nachdenken stand. Um aber auf die eigentliche Ursache

zu kommen, muß ich etwas ausholen. In der Ur- oder Eigenwirtschaft, wo der Mensch noch keine Bedürfnisse aller selbst herstellte, gab es keine Arbeitslosigkeit, solange diese nicht gedeckt waren und die Natur die Rohstoffe lieferte. Was die Arbeit erzeugte, blieb volles Eigentum des Einzelnen. Eine höhere Kultur bedeutete die folgende Tauschwirtschaft. Was über den eigenen Bedarf hergestellt wurde, tauschte man gegen andere Güter und Leistungen ein. So der im Schmieden Verwandte: Waffen, Senfen, Spaten u. a. gegen Leinwand, Wolle, Getreide, Vieh, Fische und silberne Armspangen. Waren die Bedürfnisse gedeckt, so wurde eben weniger gearbeitet, aber jeder mußte etwas erarbeiten, um begehrte Dinge eintauschen zu können. Ohne Leistung keine Gegenleistung. Aus der Tauschwirtschaft entwickelte sich dann in langen Zeiträumen die Geldwirtschaft und heute regiert nicht mehr die Arbeit sondern das Geld die Welt. War es früher der Zweck aller Wirtschaftstätigkeit gewesen, sich selbst oder andere auf dem Wege des Austausches mit Nahrung, Kleidung, Wohnung, Waffen usw. zu versorgen, so tritt nunmehr dieser natürliche Zweck zurück. Der Zweck der heutigen kapitalistischen Wirtschaft ist nicht mehr der Mensch in erster Linie, sondern der Zins, die Dividende. Auch der Boden mit seinen natürlichen Schätzen, einst jedem zugänglich, wird mit den immer größer werdenden Zinserträgen aufgekauft und ist nur noch gegen Zahlung des Bodenzinses in Benutzung zu nehmen. Der Tausch der Arbeitserzeugnisse und Leistungen erfolgt nun nicht mehr unmittelbar zwischen dem Erzeuger und Verbraucher, sondern der Weg geht nunmehr über das allgemeine Tauschmittel, das Geld. Dieses wird zuerst durch die Herrscher (Fürsten, Erzbischöfe) geprägt, dann vom Staate und gelangt schließlich in den Besitz privater Gesellschaften, denen dadurch eine ungeheure Macht verliehen wird.

Der Warenaustausch wird zwar durch das Geld ungemein erleichtert, die Kultur schreitet rasch vorwärts, solange genug Edelmetalle gefunden werden, um Güter und Leistungen gegeneinander auszutauschen. Die Wirkungen sehen wir deutlich in der Zeit der Renaissance... die Ursache: die Goldfunde im entdeckten Amerika. Aber auf dem Goldgelbe liegt ein geheimer Fluch. Alle Arbeitenden, die zum Leben die Arbeitsprodukte und Leistungen anderer brauchen, müssen sich zunächst in den Kraft und ihren Produkten überlegen, es kann den Besitz des Geldes fegen. Dieses, an sich ein wertvolles Gut im Gegensatz zu allen Verbrauchsgütern, ist der Arbeits-Tausch verhindern, denn es ist unvergänglich, während jene unter Druck stehen. Es vermittelt den Austausch nur unter der Bedingung, daß ihm ein Teil des Arbeitsertrags abgetreten wird... der Zins. In dem heutigen Deutschland die gewaltige Summe von etwa 25 Milliarden Mark. Durch Zins und Zinseszins wachsen die Geldforderungen zu riesigen Summen, und da diese nicht verzehrt werden können, geht man über, das gesamte Volksvermögen, das man verstanden hat zu „mobilitieren“, d. h. in Geld (Aktien, Grundschuldscheine) zu verwandeln, aufzukaufen. Dazu werden Krisen gemacht, um die Preise zu drücken. Nach zuverlässigen Angaben befinden sich 51 Prozent des schweizerischen Volkvermögens in den Händen von 3 Prozent der Schweizer, in U.S.A. sollen 1 Prozent Kapitalisten 59 Prozent des Nationalvermögens besitzen. In Deutschland stehen wir mitten in dieser Entwicklung, die dahin führt, daß einige Plutokraten die Wirtschaft und damit die Völker selbst beherrschen.

Da die Grundlage des heutigen Geldes, das Gold, von wenigen Finanzkräften kontrolliert wird, haben diese es völlig in der Hand, den Gütertausch einzuschränken wie in der Gegenwart. Werden 100 Millionen in Gold oder Goldbeuten der Notenbank entzogen, so muß diese weitere 250 Millionen einsperren. Die Folgen sind bekannt: das Wirtschaftsleben kommt zum Erliegen und Millionen sind außerstand gesetzt, ihre Arbeitsprodukte

und Leistungen gegen andere auszutauschen, denn nur um diese arbeitet der Mensch, nicht um das Geld, das Tauschmittel. Nun müssen viele Hände feiern, trotzdem es an Wohnungen, Bekleidung, Nahrung, Hausrat fehlt und Maschinen, Werkstätten und geschulte Hände vorhanden sind, um den Mangel zu beseitigen. Dann berichten Berliner Lehrer, daß Kinder ohne Hemd zur Schule kommen, während vielleicht in der Nähe ein Kaufmann, der seine Bielefelder Wäsche nicht absetzen kann, Bankrott macht und zum Selbstmörder wird.

Wenige Plutokraten aber machen Riesengewinne. Es gäbe keine Krisen, wenn alle darunter zu leiden hätten, denn in einer natürlichen Wirtschaft wird solange gearbeitet, als Nachfrage nach Arbeitsprodukten da ist.

Theodor Duimichen, ein Hamburger Kaufmann und Schriftsteller, hat schon vor 35 Jahren in seinem Buche „Monarchen und Mammonarchen“, diese „amerikanische“ Entwicklung vorausgesagt und der damaligen Regierung die Maßnahmen gezeigt, die zu ergreifen wären und die Methoden scharf beleuchtet, nach denen die Morgans, Rockefellers und Komforten ganze Völker ausplündern und ihre Erbsparnisse an sich reißen. Seine Warnungen wurden nicht gehört und die Entwicklung hat ihm leider recht gegeben.

Was fordert Duimichen neben anderen Vorschlägen? Macht das Geld wieder zu einem reinen Tauschmittel, zu einer Rechnungsmarke, dessen Kaufkraft nicht schwankt, als Folge von Geldverschiebungen der Hochfinanz. Legt das Hoheitsrecht der Geldverwaltung wieder in die Hand des Staates. Stellt es unter Umlaufzwang, damit es unermüdet seinen Dienst tut, den Austausch fördert und nicht verhindert, damit Spekulant und Millionäre und die Schaffenden Proletarier werden. Wer es am Umlaufen hindern kann, schafft Arbeitslosigkeit, Not und Verzweiflung für ganze Völker.

Zur Vervollständigung meiner Ausführungen bringe ich noch einige Sätze, die der bekannte englische Finanzpolitiker Arthur Ritson im September bei einem Vortrage in Deutschland ausgesprochen hat:

„Dank der Unwissenheit und Korruption der Politiker nahezu aller Länder, konnte dieser teuflische Plan (gemeint ist die Rückkehr zur Goldwährung nach dem Kriege) in der Zwischenzeit in die Tat umgesetzt werden, und wir stehen heute der Verschönerung der schaffenden Stände der ganzen Welt zugunsten der Geldmächte als einer vollzogenen Tatsache gegenüber — Leben und Vermögen der weitaus überwiegenden Mehrzahl der heutigen Menschheit sind der Gnade einer Handvoll von Geldleuten überantwortet, deren hauptsächlichste Zwangsbürgschaft in der Wallstreet von New York befindet.“

Die Goldwährung muß in der Hauptsache als eine Erfindung betrachtet werden, die Menge der umlaufenden Geldmittel ohne Rücksicht auf den Bedarf von Handel und Industrie zu beschränken usw. usw.

Dies ist die wahre Ursache der englischen Wirtschaftskrise (auch der deutschen, W. B.) und vor allem der gewaltigen Arbeitslosigkeit, die auch in England zur Dauererscheinung wurde. Einzig die Politiker und Finanzleute sind, und zwar nach jeder Richtung hin, für den Ruin, in dem sich Großbritannien befindet, und der England schließlich mit einem völligen Bankrott droht, verantwortlich.

Ähnliche Erfahrungen hatte ja auch Deutschland zu machen! Aus ehrlichster Ueberzeugung vermag ich den Deutschen zu sagen: Die Finanzleute sind eure Feinde, und erst nachdem die Geldmacht der Welt endgültig gestürzt ist, wird für die schaffenden Stände ein wahrhaftes Wohlergehen gesichert sein!

Das gegenwärtige, auf Gold gestützte Geld- und Kreditssystem bildet eine fortgesetzte schwere Drohung für den Weltfrieden. Künftige Kriege drohen daraus zu entstehen, daß Völker aufgestanden sind, eingegangene Zahlungspflichten auf der Goldbasis zu erfüllen. Die

überwiegende Mehrheit der Menschheit wird es sicherlich ablehnen, weiterhin gezwungen zu sein, in einem Zustand zu leben, der vom Verhungern nicht allzumeist entfernt ist, wo doch die weitestreichende Erzeugung von Wohlstand so leicht ins Werk gesetzt werden kann.

Die Erfindungen der letzten Jahrhunderte haben es gelehrt, wie die zur Erhaltung der Weltbevölkerung notwendigen Güter aller Art in zunehmendem Umfange erzeugt werden können. Reichtum, Wohlstand und Behaglichkeit, ja, sogar ein sehr hoher Grad von Behaglichkeit ist heute möglich und die Menschen haben Anspruch darauf. Infolge des rückständigen Geld- und Kreditssystems und infolge der Beherrschung der hier in Betracht kommenden Einrichtungen durch die Finanziers, die in keinem Lande ein Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind jedoch überall 9 Zehntel der Bevölkerung gezwungen, ein Leben zu fristen, das sie ununterbrochen dem Hungertode ins Antlitz sehen läßt.

Die internationale Hochfinanz ist der große Feind der Menschheit. Auch die unlängst unter Führung der Amerikaner in Basel eröffnete internationale Bank stellt lediglich und in ihrem wahren Wesen ein Mittel dafür dar, beherrschenden Einfluß auf die Güter und Wirtschaftskräfte der Welt auszuüben. Die internationalen Finanzleute verfolgen den Gedanken, die Goldvorräte eines jeden Landes nach ihrem Gutdünken und nach ihrem Sonderinteresse zu begrenzen, und infolgedessen irgend ein Land sich den Wünschen der Hochfinanz nicht gefügig zeigt, so kann die Geldversorgung dieses Landes eingeschränkt werden, woraus sich Verknappungen in der Gütererzeugung, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen in dem betreffenden Lande ergeben müssen. . . .

Ritson und andere Engländer, wie der Nobelpreisträger Professor Frederik Soddy machen der Bank von England den Vorwurf, daß sie internationale Interessen statt derjenigen der englischen Volkswirtschaft vertritt.

Daß durch Geldverschiebung der Hochfinanz Geldfülle (siehe Frankreich) und Geldknappheit (siehe England, Deutschland, Österreich) und damit Konjunktur und Krise bewirkt werden kann, ist heute schon die Erkenntnis vieler. Auf diese folgenschwere Finanzpolitik hat aber der französische Bauer, der englische Arbeiter, der amerikanische Farmer und der deutsche Handwerker nicht den geringsten Einfluß und die Hilflosigkeit der Regierungen beleuchtet vorher schon Ritson. Dank der Verhinderung der arbeitenden Schichten gegeneinander durch die Politiker werden die Kräfte derer, die zusammengehören, vergetelt und gegeneinander gehetzt und der fortgesetzt erzeugte politische Nebel läßt den gemeinsamen Gegner und seine Schachzüge nicht erkennen. Auch nicht den Punkt, wo der Hebel anzusetzen ist, um durch umgedroßelte Arbeit Wohlstand für alle zu bringen und damit die Freiheit, die unter der Gewalttätigkeit der Plutokratie immer nur auf dem Papiere stehen wird.

W. Weber.

Die evangelische Kirche und die nationalen Bewegungen der Gegenwart.

Döhring, von Vershuer, Stapel, Schreiner, Rüthen sprechen zum Thema.

Die bekannte Schulungsstätte der evangelischen Kirche im Johannesstift in Berlin-Spandau hatte zu einer Arbeitstagung unter obigem Thema eingeladen. Die Vorträge gaben Anlaß zur stärksten Auseinandersetzung. Folgende Fragen wurden behandelt: Christentum, Volk und Staat, vom Dompropst Dr. Döhring-Berlin; Vererbung und Rasse im deutschen Volk, von Dr. Freyher von Vershuer-Berlin; Evangelische Kirche und Politik, von Lic. Dr. Schreiner-Spandau; die völkischen Religionen der Gegenwart, von Privatdozent Dr. Rüthen-Berlin; die Weltanschauung des Nationalsozialismus und das Chri-

stentum gekommen sind. Wir nennen uns eine Gesellschaft und bekennen uns doch offen zu der vollständigsten Trennung. Unser Leben ist nicht eine wechselseitige Hilfe, sondern vielmehr unter dem Mantel angemessener Gesetze, die man „freie Konkurrenz“ nennt, eine wechselseitige Feindseligkeit. Ein trauriger Anblick! — Auf der höchsten Stufe der Zivilisation müssen neun Zehntel der Menschheit den niedrigsten Kampf des wilden Menschen kämpfen, den Kampf gegen den Hunger! Die Länder sind reich, und ihr Wachstum und Gedeihen erreicht eine noch nie dagewesene Höhe, die Menschen aber dieser Länder sind arm — ärmer als jemals an allen äußeren und inneren Erhaltungsmitteln, an Glauben, an Wissen, an Geld, an Brot.“

Treffen diese Sätze uns nicht mit Reuten schlägen? Der Mammonismus, der damals seinen Siegeszug über England antrat, ist immer weiter gedrungen, und heute liegt die ganze Welt zu seinen Füßen!

Mühten wir nicht Sätze wie diese in die Welt hinauszusetzen: „Marren, die wir sind! Warum rutschen wir uns die Knie wund und schlagen bekümmert an unsere Brust und beten Tag und Nacht zum Mammon, der, wenn er uns auch hören wollte, uns doch nicht einmal etwas zu geben hat?“

Marren, die wir sind, in unseren Reden, selbst wenn wir deren haben, zu graben und zu bohren wie Regenwürmer und weit entfernt, die himmlischen Dichter zu betrachten und uns ihrer zu freuen. Sollen gewisse Pfunde Sterling, die wir vielleicht in der Bank von England haben, oder die Gespenster gewisser Pfunde, deren Besitz wir heucheln, uns die Schätze verbergen, zu denen wir alle in dieser, der Gottesstadt, geboren sind?“

Man meint wohl Berthold Otto zu hören, der sich in unsern Tagen am tiefsten mit der Welt des Mammons wissenschaftlich beschäftigt, und der, was Carlyle noch nicht konnte, Wege zur Ueberwindung des Mammonismus gewiesen hat.

Thomas Carlyle.

Ein Gedenkwort zur 50. Wiederkehr seines Todestages.

Am 5. Februar 1881 starb in London Thomas Carlyle. Er gehört zu den wenigen Engländern, die tiefstes Verständnis für deutsches Geistesleben gezeigt haben. Goethe, Schiller, Fichte, Herder sind durch ihn erst in England bekannt geworden. Mit einem erstaunlichen Fleiß hat er sich in das deutsche Schrifttum, in die deutsche Philosophie, in die deutsche Geschichte hineingearbeitet. Sein Buch über Helben und Helbenverehrung, sein großes Werk über Friedrich den Zweiten, sein autobiographischer Roman „ Sartor Resartus“, sollten in Deutschland immer wieder gelesen werden. Nicht die Fülle des Wissens ist das Größte bei Carlyle, sondern seine Geschichtsauffassung. Er sieht die Helben, die er schildert, aus ihrem Volkstum herauswachsen, er sieht sie in engstem Zusammenhang mit ihrem Volk. Nur ein Preußen konnte einen Friedrich haben. „Einen Friedrich den Zweiten zum König über sich errungen zu haben — das war Preußens größtes Verdienst.“ Carlyle berührt sich mit dieser Geschichtsauffassung mit der Berthold Ottoschen volksorganischen Denkart.

Man hat Carlyle auch einen sozialen Propheten genannt. Er erlebte in England das erste furchtbare Aufsteigen der sozialen Not, er erkannte die Gefahren des Maschinenzeitalters. Die Maschine brachte statt des erhofften Paradieses neben ihren wertvollen Gaben auch eine Fülle von Elend über die in den Industriestädten zusammengedrängten Arbeiter. Ein tiefgehender Groll erfüllte die Herzen und machte sich in Rufen um Reform des Wahlrechts, aber auch in Aufständen, Zerstörung der verhaßten Maschinen, Brandstiftungen Luft. Die soziale Frage stand plötzlich im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Wenn wir heute die sozialpolitischen Schriften Carlyles lesen, fühlen wir noch den heißen Atem des Mitgefühls mit der Not der Arbeiter. Mit flammenden Wor-

ten geißelt er die Sünden der Besitzenden, ruft er die Regierung um Abhilfe auf. Er kämpft gegen das „Geldelassen“, er sagt: „Alles gehen lassen, wie es will, in dieser Welt, in der ein Paulus am Galgen stirbt und ein Nero auf dem Kaiserthron sitzt, und alles soll gut werden? Alle Zudungen der Arbeiterwelt, welche die Lage des Landes so bedrohlich machen, sind nichts anderes als eine zum Himmel emporstreichende Bitte der Arbeiter: Registert uns weise! Und Englands Regierende antworten: Lasset alles gehen! Jeder denkt nur an sich und an seinen Vorteil und Genuß, niemand an seine Aufgabe, an seine Pflicht.“

Mit tiefem Grimm hat Carlyle jene unmenschlichen Gedanken von Malthus bekämpft, wonach nur Krieg, Pestilenz oder grauenvolle und unsittliche Mittel im Stande wären, der drohenden Ueberbevölkerung zu wehren. Er wird nicht müde, darauf hinzuweisen, daß weite Strecken der Erde noch der Urbarmachung und der Kultivierung harren. Er deckt den Widerfinn auf, der darin liegt, daß an einer Stelle Arbeitslosigkeit herrscht und der ehrliche Arbeiter, der arbeiten will, keine Arbeit findet, während an vielen Stellen der Welt ungeheure Schätze umgehoben liegen. Es ist derselbe Wahnsinn, den wir heute erleben: Wir brauchen Wohnungen, wir brauchen Häuser, wir sollten aus dem deutschen Boden herausholen, was wir können, Arbeitsgelegenheit überall, und dabei diese furchtbare Arbeitslosigkeit von fast fünf Millionen Menschen.

Heute werden dicke Bücher über die Gründe der Arbeitslosigkeit geschrieben, auf vielen Tagungen steht diese Frage zur Besprechung, aber wie selten findet man, daß man bis an die Wurzel des fressenden Übels kommt. Hören wir einmal Carlyle, der vor 100 Jahren schon etwas tiefer gesehen hat als die meisten Sozialpolitiker der Gegenwart.

Carlyle sagt: „Man muß gestehen, daß wir gegenwärtig mit unserem Mammon-Evangelium zu feltamen

stentum, von De „Deutsches Volk- lung der Kirche

Der elementa die den Aufern zeitig und notu schaulichen und ihr meldet sich vor dem Kriege wegung als Mo schiedenen Refe sie zeigt allgem die Notwendigk

Do

Freitag: Auf

Nach den Reichstag, der den Reichsbau zum 28. März wird, läßt sich Jahren hatte eingeteilt, die voneinander ge dagegen — im eintritt — nu und vom 9. 6.

Die beide schnitten sind Die große Po Manierrede u lands, an die schließen wird. eine Le schärz Einzelheiten d noch sehr umf sozialisten und Widerstand ge digt. In der die Außenpoli tins wird nän Genfer Verhand tionen diese G ihrerseits Rück verständlich.

Eine grun zwischen vom er den Aussch und Abberu Ferner setzte d schüsse ein, so politik, für die für Östrogen.

Französisches G französischen R

Berlin, 4. hat, wie die, dazu erteilt, für beschaffung der vom Reich an stellte verkaufte gen. Ueber die Reich bezw. die des Kredits Dr zur endgültigen werden sollen.

Carlyle sag res. Welche w währt, aber au Verdunkelunge bis zur gänzlic in großen Ma tums“, dessen Menschen Schu wenn ich es m am wenigsten wert ist, daß id gehalten und i teidigt, der eig ganz verlossen

Leider ist d in Erfüllung g rohe Herrschaf und sichere B staltung gibt.“

Über vielst lyle verkündet Täufchung, zu von meiner S Über einen digt und allmä ist Schicksal, g unbeugsame V allerdings ein richtig auch wi

Möge die G Jahre nach sei ser deutsches V es in den Abg anschauen lass Wir heißen

stentum, von dem bekannten Herausgeber der Zeitschrift „Deutsches Volkstum“, Dr. Stapel-Hamburg; die Stellung der Kirche zu Krieg und Pazifismus.

Der elementare Charakter der nationalen Bewegung, die den Ruf fast spontan entgegenkommt, hat gleichzeitig und notwendig auch zu einer lebhaften weltanschaulichen und religiösen Auseinandersetzung geführt. In ihr meldet sich eine gänzlich andere Ideologie an, als sie vor dem Kriege im Bürgertum und in der Arbeiterbewegung als Mode galt. Sie ist sehr differenziert. Die verschiedenen Referate wiesen das eindrucklich nach. Aber sie zeigt allgemein eine größere Aufgeschlossenheit für die Notwendigkeit einer religiösen Fundamentierung des

Lebens als vordem. Der historische Materialismus ist überwunden. Dafür zeigen sich Tendenzen zu religiöser Neuorientierung von völkischer Einstellung aus in verschiedenen Linien von unterschiedlicher Einstellung zum Christentum. Möglichkeiten und Schwierigkeiten für die christliche Kirche ergeben sich dabei gleicherweise. Dem Ruf nach der christlichen Kirche in weiten nationalen Kreisen steht teilweise Ablehnung gegenüber. Der Ausspruch über die vielfachen Ideen und ihr Verhältnis zu den bleibend gültigen Grundsätzen der Botschaft der evangelischen Kirche diente die Erörterung der bedeutsamen Referate im Kreise einiger hundert Pfarrer. Besonders bei dem Vortrag Dr. Stapels war der Saal völlig überfüllt.

Donnerstag Kanzler-Erklärung.

Zienstag: Außenpolitische Debatte. — Erledigung der Staatsarbeiten ohne Pause?

— Berlin, 4. Februar.

Nach den Beschlüssen des Kabinetts soll der Reichstag, der seit Dienstag wieder verammelt ist, den Reichshaushaltsplan 1931/32 in einem Zuge bis zum 28. März verabschieden. Ob das freilich gelingen wird, läßt sich nicht voraussagen. In den früheren Jahren hatte man die Staatsberatung in Abschnitte eingeteilt, die regelmäßig durch längere Sitzungspausen voneinander getrennt waren. In diesem Jahre sollen dagegen — immer vorausgesetzt, daß nicht kurzschluß eintritt — nur die Tage vom 16. bis 18. Februar und vom 9. bis 11. März sitzungsfrei bleiben.

Die beiden ersten Tage des neuen Beratungsabschnittes sind für kleinere Vorlagen reserviert worden. Die große Politik beginnt am Donnerstag mit einer Kanzlerrede über die politische Gesamtlage Deutschlands, an die sich eine allgemeine Aussprache anschließen wird. Am Sonnabend soll das Plenum über eine Verfassung der Reichsordnung beschließen. Die Einzelheiten dieser Änderungen sind aber einzuweisen noch sehr umstritten. Insbesondere haben die Nationalsozialisten und die Kommunisten ihren entschiedenen Widerstand gegen die geplanten Maßnahmen angekündigt. In der nächsten Woche kommt im Reichstag u. a. die Außenpolitik auf die Tagesordnung. Minister Curtius wird nämlich am Dienstag im Plenum zu den Genfer Verhandlungen Stellung nehmen. Daß die Fraktionen diese Gelegenheit wahrnehmen werden, um auch ihrerseits Rückblick und Ausblick zu halten, ist selbstverständlich.

Eine grundsätzlich bedeutsame Entscheidung ist inzwischen vom Kabinettsrat insofern gefällt worden, als er den Ausschüssen allgemein das Recht auf die Wahl und Abberufung der Vorsitzenden bestätigt hat. Ferner setzte der Kabinettsrat einige nichtständige Ausschüsse ein, so z. B. für Leibesübungen, für Kommunalpolitik, für die Liquidationschäden und schließlich auch für Dittagen.

Nun also doch!

Französisches Geld für das Reich. — Zustimmung der französischen Regierung zur Bedarfsdeckung der Reichsbahnvorszugsaktien.

Berlin, 4. Febr. Die neue französische Regierung hat, wie die „Post. Ztg.“ meldet, jetzt ihre Zustimmung dazu erteilt, daß sich französische Banken an der Geldbeschaffung für die Reichsbahn durch Bedarfsdeckung der vom Reich an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verkauften Vorszugsaktien der Reichsbahn beteiligen. Ueber die Bedingungen werde mitgeteilt, daß das Reich bezw. die Reichsversicherungsanstalt zur Sicherung des Kredits Dreimonatswechsel hinterlegen müsse, die bis zur endgültigen Rückzahlung je nach Bedarf prolongiert werden sollen.

Carlyle sagt vom Geld: „Geld ist etwas Wunderbares. Welche wunderbaren Erleichterungen hat es uns gewährt, aber auch welche nie geahnten Verwirrungen und Verdunkelungen der Begriffe hat es herbeigeführt, fast bis zur gänzlichen Ausrottung des moralischen Gefühls in großen Massen der Menschheit.“ „Schutz des Eigentums“, dessen, was „mein“ ist, bedeutet bei den meisten Menschen Schutz des Geldes, — des Dings, welches, und wenn ich es mit tausend Schlössern verwahren könnte, am wenigsten von allem mein, und gewissermaßen kaum wert ist, daß ich es mein nenne. Das Symbol wird heilig gehalten und überall durch Mittel, Striche, Gassen verteidigt, der eigentliche Gegenstand des Symbols dagegen ganz verlassen und vor die Hunde geworfen.“

Leider ist die prophetische Schau Carlyles noch nicht in Erfüllung gegangen: „Es ist schön zu sehen, wie die rohe Herrschaft des Mammons überall wankend wird und sichere Verheißung seines Todes oder seiner Umgestaltung gibt.“

Aber vielleicht geschieht in unseren Tagen, was Carlyle verkündet hat: „Sicherlich wäre es eine egoistische Täuschung, zu erwarten, daß irgendwelches Predigen von meiner Seite den Mammonismus abschaffen werde. Aber einen Prediger gibt es, der mit Wirkung predigt und allmählich alle Menschen überzeugt. Sein Name ist Schicksal, göttliche Vorherbestimmung und seine Predigt der unbeugsame Lauf der Dinge. Die Erfahrung nimmt allerdings ein furchtbar hohes Schulgeld, aber sie unterrichtet auch wie kein anderer Lehrer.“

Möge die Stimme dieses sozialen Propheten auch 50 Jahre nach seinem Tode nicht ungehört verklängen. Unser deutsches Volk braucht solche Stimmen, sonst versinkt es in den Abgrund. Möchte Carlyles Preislingswort uns aufschauen lassen:

Wir heißen euch heißen!

Pfarrer Telle in Lychen.

Bürgerkriegsbege.

Nationalsozialistische Interpellation.

— Berlin, 4. Februar. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der es u. a. heißt: Seit Wochen und Monaten hegen die marxistischen Parteien ganz offen zum Bürgerkrieg, da sie befürchten, daß die nationalsozialistische Freiheitsbewegung auf legalem Wege in den Besitz der politischen Macht gelangen könnte. Der Führer des Reichsbanners Höring, hat, nach Pressemeldungen, verfügt, daß bis zum 22. Februar „die waffentechnisch gut gerüsteten“ Schutzformationen „marschfertig“ sein müßten. In Bremen hat er zum Ausdruck gebracht, es gelte jetzt, „die Nationalsozialisten bis zum letzten Mann restlos zu vernichten“. In der Interpellation wird weiter Bezug genommen auf Ausführungen des Abgeordneten Crispin und des Berliner Polizeipräsidenten. Weiter wird betont, daß sich derartige Feststellungen noch beliebig ergänzen ließen. Die N.S.D.A.P. habe allein in den letzten Wochen neun Tote und Hunderte von Schwerverletzten zu beklagen. Die Opfer erklärten sich vor allem daraus, daß sich die Leitung der N.S.D.A.P. streng an die gesetzlichen Vorschriften halte und den Waffenbesitz mit Ausschluß bedrohe, während die Angreifer in der Regel schwer bewaffnet seien.

Die Reichsregierung wird gefragt, was sie zu tun gedanke, „um der marxistischen Bürgerkriegsbege entgegenzutreten und die Sicherheit der Mitglieder und Anhänger der N.S.D.A.P. vor Gewalttaten zu gewährleisten.“

Polnische Unverschämtheit.

Vorfälle wegen der Notlandung des Fliegers Grufe.

— Warschau, 4. Februar.

Nach einer Mitteilung der polnischen Regierungspresse hat die polnische Regierung ihre Gesandtschaft in Berlin beauftragt, bei der Reichsregierung die Notlandung des deutschen Fliegers Hans Grufe zu erörtern und „auf die Bewegung in der öffentlichen Meinung Polens hinzuwirken, die durch die Überfliegung der polnischen Grenze durch einen deutschen Flieger hervorgerufen worden ist.“

Wenn diese Meldung den Tatsachen entspricht, dann scheint die polnische Regierung ihre Aufgabe darin zu erblicken, das unerfreuliche deutsch-polnische Verhältnis noch zu verschlechtern. Deutschland muß sich jedenfalls derartige Belästigungen verbitten, da die Notlandung des Piloten Grufe sicher ungewollt und der einzige Fall dieser Art seit Jahren ist. Bei der Verletzung der deutschen Grenze durch polnische Flieger handelte es sich aber regelmäßig um Militärflieger und dazu vielfach um Spionageabsichten!

Ruhrort-Weiberich wird stillgelegt.

Die Vermittlungsaktion gescheitert. — Abstimmung in den Betrieben.

Die erneut aufgenommenen Verhandlungen über die Stilllegung der Hütte Ruhrort-Weiberich führten zu einem negativen Abschluß. Die Vertreter des Angestellten- und Arbeiterrats erklärten, daß alle tarifbeteiligten Gewerkschaften die 20-prozentige Kürzung der Löhne und Gehälter bei Garantie der Weiterbeschäftigung abgelehnt hätten. Für die Annahme des Vorschlags hatte sich lediglich der Angestelltenrat ausgesprochen.

Der Vertreter der Vereinigten Stahlwerke erklärte darauf alle Verhandlungsmöglichkeiten als erschöpft und kündigte Maßnahmen zur Stilllegung der Hütte an. Von der Stilllegung würden etwa 7000 Arbeiter betroffen werden.

Das letzte Wort wird nunmehr im Verlauf des heutigen Mittwoch in der Abstimmung in den Betrieben gesprochen werden.

Die Frauen sollen Soldat werden.

Der türkische Staatspräsident befürwortet die militärische Dienstpflicht der Frauen.

Der türkische Staatspräsident Mustafa Kemal besuchte in Smyrna eine Mädchenschule und erklärte in einer Rede an die Schülerinnen, nicht physiologische Ursachen, sondern lediglich grundlose Vorurteile verhinderten die Frauen, militärischen Dienst zu tun. Heute verlangten die Frauen die Bürgerrechte und völlige Gleichstellung mit den Männern. Jedes Recht bringe aber auch eine Pflicht mit sich, und nicht die geringste dieser Pflichten gegenüber dem Staat sei die militärische Dienstpflicht. In alten Zeiten hätten Frauen Schulter an Schulter mit den Männern gekämpft. Es gebe kein grundsätzliches Hindernis in der modernen Gesellschaft, warum Frauen nicht Soldaten werden sollten.

So der türkische Staatspräsident.

— Vertreter der Betriebsverwaltungen hatten in Vert. in eine Unterbrechung mit dem Kanzler.

Einführung des General-Superintendenten Weirich.

Am heutigen Montag nachmittag, den 2. Februar, fand unter zahlreicher Beteiligung der evangelischen Gemeinden Westfalens die Einführung des General-Superintendenten Weirich in der geschmückten Erlöserkirche Münsters statt. General-Superintendent Weirich war zu Anfang seiner pfarramtlichen Tätigkeit in einem Pfarramt seiner westfälischen Heimatprovinz. Dann ging er nach dem Rheinland und wurde Superintendent der Ephorie Barmen. Nunmehr ist er nach 25 Jahren in seine Heimatprovinz zurückgekehrt und übernimmt hier das höchste geistliche Amt. Beim Beginn des Gottesdienstes wurde General-Superintendent Weirich von dem Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates D. Burghart-Berlin, in die Kirche, die überfüllt war, geleitet. Ihn folgten die Superintendenten der Provinz und eine große Zahl von westfälischen Geistlichen im Ornat. Der Kirchenchor der Erlöserkirche und gemeinschaftlicher Gesang verschönten die eindrucksvolle Feier. Die Einführung selbst vollzog der geistliche Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrates D. Burghart-Berlin, unter Assistenz des Präses D. Koch-Degnhagen und des Konsistorialrates Jäkel-Münster. In seiner Ansprache wies D. Burghart darauf hin, daß der General-Superintendent ein entsagungsvolles und schweres Amt übernehme, daß er aber nicht verzagen möge. Gott habe ihn gerufen, und viele Menschen seien bereit, sich von ihm führen zu lassen. Hinter ihm stände die betende Provinzialkirche, und Gott werde ihm seine Arbeit und sein Bemühen gelingen lassen. Er schloß mit dem Wunsch: „Gott segne dich, Westfalenland, und durch die westfälische Kirche unsere evangelische Gesamtkirche und unser ganzes deutsches Volk. Er segne dich an Leib und Seele! Gott helfe dir, daß du viel Frucht bringest! Gott behüte dich!“ Namens der Provinzialkirche hieß ihn dann Präses D. Koch herzlich willkommen und wünschte ihm, daß er als Führer der Provinzialkirche ein Segen werden möge unserer bedrängten Heimat und unserem leidenden Volk. Die Predigt des General-Superintendenten Weirich hatte als Text das Wort aus der Apostelgeschichte, Kap. 1: „Ihr werdet meine Zeugen sein in Jerusalem, in Judäa und in Samaria bis an die Enden der Welt.“ Er gedachte am Anfang seiner Festpredigt mit dankbaren Worten des früheren geistlichen Führers der Provinz, des General-Superintendenten D. Joellner. Er wies auf alle die Schwierigkeiten und die Kämpfe der gegenwärtigen Kirche hin, die aber niemals mutlos und verzagt machten, sondern die zu tapferen Streiten und zum Glauben an die werdende, wachsende und verbende Kirche führten. Trotz der vielen Fragen und Probleme und Nöte der Gegenwart habe die Kirche nur eine Aufgabe, Zeugnis abzulegen von der Macht und Gnade unseres Gottes. Die Lage in der Gegenwart sei dieselbe wie damals, als die Apostel den Befehl, Zeugen zu sein, von dem Herrn der Kirche empfangen. Nach der Festpredigt sang die Gemeinde stehend den Choral: „Ein feste Burg ist unser Gott“.

Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die meisten evangelischen Gemeinden Westfalens Vertreter zu dieser Einführungsfeier, die für die Geschichte der westfälischen Provinzialkirche von größter Bedeutung ist, entsandt hatten.

Grenzunrecht verschärft die Krise

Entscheidung des preussischen Handelsministers.

— Berlin, den 3. Februar 1931.

In ausgedehnter Einzelberatung beendete der Preussische Landtag am Dienstag die Verhandlung über den Wohlfahrtsrat. Die Abstimmungen wurden zurückgestellt. Als nächstes Kapitel kam dann der Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung an die Reihe. Verbunden damit wurde die Beratung einer großen Anzahl von Anträgen sowie die der Anfragen über die Eisenbahnbauten im Osten.

Handelsminister Dr. Schreiber,

der sogleich nach den Darlegungen des Berichtstatters das Wort nahm, gab zunächst einen Überblick über die Einflüsse im Handels- und Gewerbebetriebe und erklärte dann, auf die Wirtschaftslage eingehend, unter Zustimmung des Hauses: In den Ursachen der Weltwirtschaftskrise gehört vor allem auch die während des Krieges neu aufkommene industrielle Selbstversorgung vieler Völker. Verschärft wird diese Krise durch die auch wirtschaftlich verhängnisvolle Grenzziehung. Die Tausende von Kilometern neuer Grenzlinien sind der Weltwirtschaft wirklich nicht förderlich. Zahlreiche, insbesondere die neuerschaffenen Länder sind bemüht, alles selbst zu erzeugen, was sie brauchen und was früher von anderen Ländern bezogen wurde. Daß dabei Deutschland, das weitgehend interessiert ist am Gütertausch, besonders berührt wird, ist selbstverständlich.

Zu den Ursachen der Wirtschaftskrise, so betonte der Minister dann weiter, gehöre aber auch die ungeheuer schnell sich entwickelnde Technisierung der Wirtschaft, die die Erzeugung viel schneller vergrößere als sich die Abnahmefähigkeit steigern lasse.

Deutschland leide besonders an der künstlichen Verschnappung des ohnehin engen Kapitalmarktes durch die Reparationszahlungen. Unsere Wirtschaftslage werde gekennzeichnet durch 3/4 Millionen Arbeitslose, durch Verdoppelung der Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahre und durch Verdoppelung der geschäftlichen Zusammenbrüche gegenüber der Vorkriegszeit.

Ueber die Möglichkeiten einer Arbeitsbeschaffung im großen Stile gab sich die Öffentlichkeit vielfach falschen Vorstellungen hin. Hinsichtlich des Problems der Beschäftigung von arbeitslosen Jugendlichen gebühre der Berufs- und Fachschulunterricht Dank für ihre unentgeltliche Mitarbeit. Beim Preisabbau könne die Regierung im wesentlichen nur systematisieren und Hemmnisse beseitigen.

Besonders dringlich sei eine Herabsetzung der Tarife bei den öffentlichen Betrieben. Reichsbahn und Reichspost seien teilweise entgegengekommen: das Entgegenkommen der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sei erst recht völlig unzureichend.

Zum Schluß seiner Rede streifte Staatsminister Dr. Schreiber noch Fragen der Kreditpolitik, wobei er erklärte, die Risiken könnten nur verbilligt werden durch

G. Feder
NDAP, von ein
Reichstag erklär
zent gestatten wol
lösen? Im Beimi
wendig geworden,
die Finanzgewalt
Zins, in welchen
Schuld trägt, das
kommt. Die Aus
mit der Zinskne
meint, ist sehr kü
ten, daß die Zi
äußern, ob sie den
auf welchem Weg
Vielleicht erübrig
Punkt zu spreche
klärung Ab. Stille
Macht wären, es
Das ist ein ganz
demokraten wußt
kijische Macht zuff
weil sie wegen de
lassen hatten, üb
gramm nachzuden
lichen die Verant
möchte Ab. Stille
wünschen, daß die
nachholen und ei
Kritik nicht zu